

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Linke Wirtschaftspolitik : nicht ohne die KonsumentInnen!
Autor: Sommaruga, Simonetta
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Linke Wirtschaftspolitik – nicht ohne die KonsumentInnen!

«Soll die SP in eine KonsumentInnen-schutzorganisation umgewandelt werden?» fragt Urs Marti in der letzten Ausgabe der Roten Revue. Der Schauder, der ihm ob dieser Vorstellung kalt über den Rücken läuft, ist förmlich spürbar. Warum eigentlich?

Simonetta Sommaruga

Eine linke Wirtschaftspolitik kommt ohne eine klare, konsequente Konsumentenpolitik nicht aus. Die von der Linken angestrebte Umverteilung geschieht nämlich längst nicht allein oder vorwiegend über Steuern und Sozialversicherungen, sondern in eben solchem Ausmass über den Markt. Einerseits bilden die KonsumentInnen die grösste Kaufkraftkategorie. Mit über 200 Mrd. Franken jährlich ist in der Schweiz der Endkonsum der privaten Haushalte viermal grösser als jener von Staat und Sozialversicherungen zusammen. Aber auch im Budget der Privathaushalte machen die Konsumausgaben einen beträchtlichen Anteil, nämlich fast zwei Drittel sämtlicher Ausgaben, aus. Bei Einkommen unter 3000 Franken betragen die Konsumausgaben gar über 70 Prozent.

Eine linke Wirtschaftspolitik kann deshalb nicht nur in den Bereichen Arbeit, Steuern und soziale Sicherheit Einfluss nehmen, sondern sie muss – gerade aus sozialpolitischer Sicht – auch die Marktverhältnisse gezielt beeinflussen. Denn was nützen höhere Löhne, anständige Renten oder die fiskalische Entlastung der tieferen Einkommen, wenn denselben Haushalten mit überhöhten Preisen das Geld sogleich wieder aus der Tasche gezo-

gen wird? Und wie können wir eine Ökologisierung von Produktion und Verarbeitung fordern, wenn die Produkte von den KonsumentInnen nicht gekauft werden?

Dabei geht es in der Konsumentenpolitik schon längst nicht mehr einfach darum, möglichst tiefe Preise zu fordern. Die von den Gewerkschaften gegründete Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) hat schon in den sechziger Jahren nebst dem Preis auch die Qualität der Produkte getestet und hervorgehoben. Etwas später begann die SKS – damals noch gar nicht im Trend – damit, auch ökologische Kriterien zur Beurteilung von Produkten miteinzubeziehen. Heute sind ökologische, aber auch soziale und ethische Kriterien für die Beurteilung von Produkten und Dienstleistungen verbreitet. Auch wenn sich die Marktverhältnisse und das Angebot in den letzten Jahren massiv verändert haben, ist die Rolle der KonsumentInnen gleich geblieben. Erstens haben die KonsumentInnen gegenüber der Marktgegenseite eine schwächere Stellung. Der Grund dafür liegt darin, dass die Unternehmen über ihr Angebot ungleich mehr wissen als die AbnehmerInnen. Zweitens sind die KonsumentInnen in der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft vielfachen Gefahren ausgesetzt. Drittens werden die KonsumentInnen einer Informationsflut ausgesetzt, welche die Autonomie des Menschen in Frage stellt.

Die Kernanliegen einer linken Wirtschaftspolitik

Den Schwächeren zu ihrem Recht verhelfen und ihre Position stärken, für Gesund-

heit und Sicherheit sorgen, die Autonomie des Einzelnen fördern und der gesamten Bevölkerung den Zugang zu den wichtigen Gütern und Leistungen gewährleisten: all diese Anliegen sind zentrale linke Forderungen. Sie gehören deshalb zu den Kernanliegen einer linken Wirtschaftspolitik. Umgesetzt werden diese Forderungen mit den fünf Grundrechten der KonsumentInnen.

1. Recht auf Sicherheit und Gesundheit

Zwar müsste man annehmen, dass in einem industrialisierten Land Sicherheit und Gesundheit selbstverständlich sind. Asbest-Böden, FCKW-haltige Produkte, BSE oder Dioxin-Skandal machen aber deutlich, dass wir weit davon entfernt sind. Gentechnisch veränderte Produkte drängen auf den Markt, die hohen Investitionen in Telekommunikation oder Pharmaforschung wollen in klingende Münze verwandelt werden. Für den Shareholder Value sind Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen lästige Hindernisse auf dem Weg nach oben. Im ungleichen Kräfteverhältnis zwischen Produktion und Konsum muss sich eine linke Wirtschaftspolitik auf die Seite der KonsumentInnen und damit auf die Seite der schwächeren MarktteilnehmerInnen stellen.

2. Recht auf Information

Die Selbstbestimmung – oder die Kontrolle über die eigenen Existenzbedingungen, wie es Marx vor 150 Jahren nannte – ist ohne ausreichendes Wissen nicht denkbar. Deshalb ist Information die zentrale Voraussetzung für die Autonomie der VerbraucherInnen. Auch das geltende Privatrecht geht von der autonomen Vertragsgestaltung aus. Dazu braucht es Vertragsparteien – Anbieter und Konsument –, die in der Lage sind, ein rationales Urteil über das Angebot sowie über die Verpflichtungen, die sie eingehen, zu fällen.

Schliesslich basiert das marktwirtschaftliche – im Gegensatz zum planwirtschaftlichen – System darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die rationalen Nachfrageentscheide der Gesamtheit der KonsumentInnen bestimmt wird. Informationen als Grundlage für diese Entscheide spielen dabei eine zentrale Rolle.

Eine linke Wirtschaftspolitik setzt sich deshalb für eine umfassende, verständliche und transparente Information der KonsumentInnen ein, um deren Autonomie zu stärken, aber auch um sie – im Sinne eines nachhaltigen Konsums – zu befähigen, im Wissen um die Konsequenzen ihres Handelns zu entscheiden.

3. Recht auf Wahrung der wirtschaftlichen Interessen

Linke Wirtschaftspolitik setzt sich traditionellerweise dafür ein, dass das Tauschverhältnis zwischen Arbeit und Lohn korrekt ist. Dasselbe Engagement muss eine linke Wirtschaftspolitik auch für das Konsumrecht aufbringen, damit zwischen den Privathaushalten und den Unternehmen ein möglichst gerechtes Tauschverhältnis herrscht.

Im Zentrum dieser Bemühungen steht der funktionierende Wettbewerb, der die KonsumentInnen vor Monopol- und Kartellabsprachen sowie vor überhöhten Preisen schützt. Die Linke hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Preisüberwachung heute gegen Monopolrenten einschreiten kann. Sie muss aber das viel zu zahme schweizerische Kartellrecht weiter vorantreiben mit dem Ziel, auch in der Schweiz ein Kartellverbot einzuführen.

4. Recht auf juristische Instrumente

Das wirtschaftliche Gleichgewicht am Markt wird nie vollumfänglich durchzusetzen sein. Deshalb müssen sich die VerbraucherInnen darauf verlassen können, dass Gerechtigkeit durch Verfah-

**Für den
Shareholder
Value sind
Sicherheits- und
Gesundheits-
bestimmungen
lästige
Hindernisse.**

rensnormen hergestellt werden kann. Daraus entsteht die Forderung, Schlichtungs- und Ombudsstellen einzurichten und den KonsumentInnen das Klage-recht an ihrem Wohnsitz zu garantieren – in Zeiten des E-Commerce eine immer wichtigere Forderung. Auch das Verbandsklagerecht, das heute den Konsumentenorganisationen im Bereich des unlauteren Wettbewerbs, nicht aber im Kartellrecht zusteht, muss erweitert werden.

5. Recht auf Vertretung in der Politik

Im Unterschied zur Wirtschaft, die über einen hohen Organisationsgrad verfügt und direkte Verbindungen in die Politik unterhält, ist die Vertretung der Konsumenteninteressen in Staat und Politik nicht sichergestellt. Das Parlament hat die Vertretung der KonsumentInneninteressen an die KonsumentInnenorganisationen delegiert, ihnen aber die notwendigen finanziellen Mittel vorenthalten. Zur linken Wirtschaftspolitik gehört deshalb, der Perspektive der VerbraucherInnen im politischen Entscheidungsprozess besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auch regional- und demokratiepolitisch spielt die KonsumentInnenpolitik eine zentrale Rolle. Nur mit einer umfassenden Grundversorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen können Menschen auch ausserhalb der Zentren leben, Arbeitsplätze erhalten und der zunehmenden Entvölkerung der Randregionen entgegenwirken. Die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen hängt unter anderem ganz direkt von der Versorgung mit Post- und Fernmeldediensten ab.

Der internationale Kontext

Linke Wirtschaftspolitik muss sich auch mit den Auswirkungen unserer wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf das internationale Umfeld und ganz be-

sonders auf die Entwicklung der Länder des Südens befassen. Unser Land spielt in der Gestaltung der internationalen Handelsregeln innerhalb von GATT/WTO eine nicht unwichtige – und nicht nur rühmliche – Rolle. Die Linke muss sich vermehrt gegen den von der «offiziellen» Schweiz geforderten, starken Patentschutz wehren. Dieser nimmt nämlich in Kauf, dass Ländern des Südens unter Umständen der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten erschwert wird; und er lässt zu, dass Industrieländer von den genetischen und biologischen Ressourcen des Südens profitieren und sie mittels Patenten oft noch ihrer einzigen Rohstoffe und Schätze berauben.

Eine linke Wirtschaftspolitik setzt nicht nur im eigenen Land, sondern auch im internationalen Kontext auf einen gerechten Tausch, auf das Gleichgewicht der Interessen, auf eine ethisch und ökologisch vertretbare wirtschaftliche Entwicklung. Sie muss jene Handelsbeziehungen fördern, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen für eine möglichst breite Bevölkerung beitragen, die die Wertschöpfung in den Ländern des Südens stärken und die zur Autonomie der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen beitragen. Die Forderungen nach dem Recht auf Gesundheit und Sicherheit, nach Information, nach der Durchsetzung der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Interessen der MarktteilnehmerInnen muss eine linke Wirtschaftspolitik deshalb nicht nur national, sondern auch im Rahmen der internationalen Handelsregeln durchsetzen.

Fazit: KonsumentInnen gehören zu den wichtigsten BündnispartnerInnen, um eine linke Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Simonetta Sommaruga ist SP-Nationalrätin und in der Exekutive der Gemeinde Köniz.